

Gemeinsam gegen Unikrise

Die Situation an den Unis wird immer unerträglicher: Aufnahme- und Studengebühren und Knock-Out-Prüfungen. Viele Studierende und Lehrende dagegen gewährt - #unibrennt ist das bekannteste Beispiel. Erfolgreich waren sie nicht. Verbesserungen werden nur durch eine gemeinsame Bewegung der Opfer des Sparpakets erreicht werden. **Seite 2**

Sollen Linke Obama unterstützen...

...fragen sich Viele vor der Präsidentschaftswahl in den USA. Ein Interview mit dem US-Sozialisten Brandon Madsen über die Bilanz von vier Jahren Amtszeit, Intensivierung des Krieges, die größte Kürzung der öffentlichen Ausgaben in der Geschichte der USA und warum die Demokraten keine Alternative sind, sondern es andere Bewegungen braucht. **Seite 12**

Schwerpunkt

Zum 95. Jahrestag der Russischen Revolution ist es angebracht, sich mit dem historischen Ereignis ernsthaft auseinanderzusetzen und eine Linie zu heutigen Fragen zu ziehen. **Seiten 7-10**



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 212 | 10.2012

+5% FÜR UNS ALLE!

Das Leben wird immer teurer: Preise und Mieten steigen, dazu noch das Sparpaket des Bundes sowie Einsparungen und Gehührenerhöhungen in verschiedenen Bundesländern. Eine Lohn/Gehaltssteigerung von + 5 % für Kollektivverträge (KV) bzw. ausbezahlte Löhne ist also dringend nötig! Gemeinsam müssen wir Erhöhungen über der Teuerung für alle ArbeitnehmerInnen, aber auch Arbeitslose und PensionistInnen erkämpfen. Besonders wichtig: Deutliche Steigerungen in Frauenbereichen und Niedriglohnbranchen. Denn + 5

Im Juni organisierte die Gewerkschaftsspitze Betriebsversammlungen gegen die KV-Aufsplitterung. Doch seit September hat sie sich in sechs verschiedene Verhandlungen begeben und die Möglichkeit nicht genutzt, die Aufsplitterung mit Aktionen zu verhindern. Gleichzeitig meinen die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp aber, dass sie zwar sechsmal über den gleichen KV verhandeln, aber den einheitlichen Metall-KV verteidigen wollen.

Daher müssen die Verhandlungen nun mit Kampfmaßnahmen begleitet werden. Z.B. könn-



**Die MetallerInnen fordern +5%: Das ist gut!
Dafür sind aber kämpferische Aktionen nötig!**

% sind gerade für Bereiche wie Handel, Reinigung u.a. notwendig.

Die Unternehmen versuchen, den gemeinsamen KV im Metallbereich aufzuspalten. Das ist offensichtlich ihre Antwort auf den letztjährigen Streik.

ten bei jeder Verhandlung jene, die nach Ansicht der Wirtschaftskammer nicht von den Verhandlungen betroffen sind, Aktionen in den Betrieben starten. Die Kampagne sollte sich über Informationsveranstaltungen, Betriebsver-

sammlungen und Solidaritätsaktionen bis hin zu einem gemeinsamen Streik ausweiten. Der ÖGB muss branchenübergreifend Widerstand organisieren! Wird der Metall-KV aufgesplittert, ist das nur der Anfang. Es bedeutet noch

mehr Lohndruck, niedrigere Einkommen und mehr prekäre Arbeitsverhältnisse. Gerade wegen der Wirtschaftskrise ist diese Gefahr enorm groß. Auch im Öffentlichen Dienst gibt es ersten Widerstand gegen die Nulllohnrunde. Im Sozialbereich gärt es schon länger. Nun gilt es, alle Ansätze für eine kämpferische Lohnbewegung zu vereinigen! **Michael Gehmacher**

Die SLP fordert:

- Kein KV-Abschluss ohne Debatte in den Betrieben und Urabstimmung der Betroffenen!
- Alle Widerstandsansätze zu einer konsequenten Lohnbewegung vereinigen!
- Ein gemeinsamer Aktions- und Streiktag ist nötig!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Mittels Volksbefragung zur Wehrpflicht versucht die Regierung, von ihrem Korruptions-Dreispung abzulenken. Das wird ihr nicht gelingen, doch wichtig ist das Thema. Die SPÖ ist für ein Berufsheer, weil sie hofft, von der FPÖ Stimmen von Jungmännern zu gewinnen. Die ÖVP ist für die Wehrpflicht, weil sie das „Ehrenamt“, also unbezahlte Arbeit, verteidigt.

Bundesheer abschaffen scheint als friedliebender Mensch die logische Antwort. Eine Illusion in einem Staat, der die Interessen der Herrschenden in Politik und v.a. Wirtschaft durchzusetzen hat. Wird das

Wehrpflichtdebatte: Pest oder Cholera?

Heer abgeschafft, wird es ersetzt durch eine aufgerüstete Polizei, private Security und paramilitärische Einheiten, die gegen Proteste im Land vorgehen. Die Frage ist also nicht Heer oder nicht, sondern wie abgehoben ist es von der „normalen“ Bevölkerung. Ein Berufsheer ist ein besseres Repressionsinstrument, denn wenn junge PräsenzdienerInnen auf ihresgleichen schießen sollen, kann das schief gehen. Ein Berufsheer ist also auf jeden Fall abzulehnen (obwohl es ein solches mit rund 16.000 BerufssoldatInnen schon gibt).

Doch die Beibehaltung des jetzigen Systems bedeutet auch die Beibehaltung der als „Zivildienst“ verbrämten Sklavenarbeit. Tausende Jugendliche sind aus dem normalen Arbeitsgesetz ausgenommen und müssen für ein Taschengeld Schwerstarbeit verrichten. Sie werden als Lohndrücker eingesetzt und dienen letztlich als Argument für ständige Kürzungen im Sozialbereich. Ein System, das ebenfalls abgeschafft gehört.

Die Antwort ist nicht Pest oder Cholera. Es braucht wirkliche Demokratisierung: Wahl- und Abwählbarkeit von Vorgesetzten auch beim Heer, gewerkschaftliche Rechte für Präsenz- und Zivildienstler, die Bezahlung des entsprechenden Kollektivvertragslohnes und v.a. Geld für Soziales statt für Banken.

Impressum:

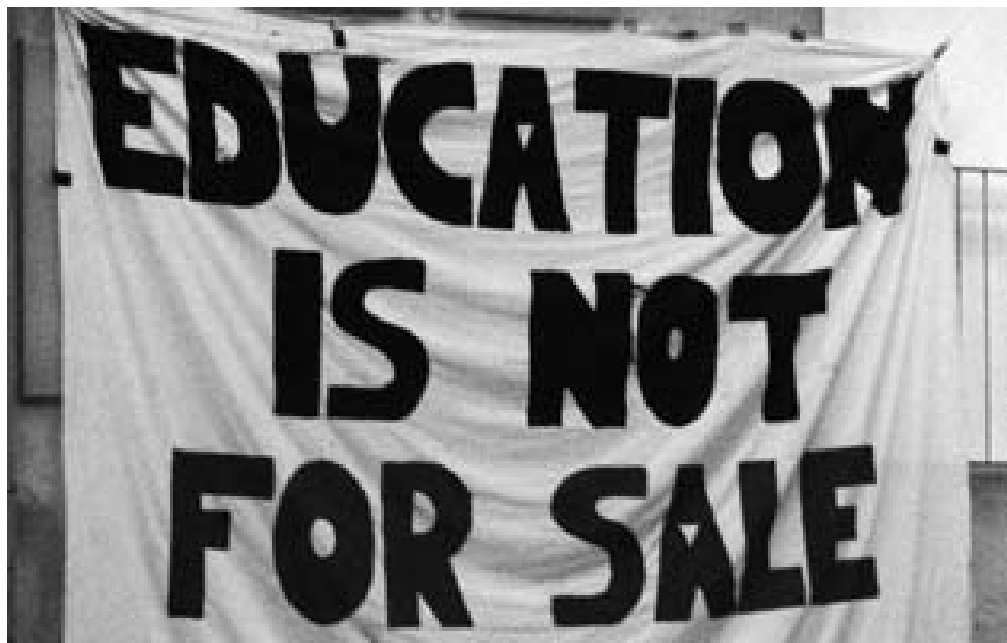
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien. | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

China – Foxconn – Salzburg: Burgstallers „neue“ Ideen

In China schicken Universitäten ihre Studierenden als (Zwangs)PraktikantInnen zu Foxconn, um das neue iPhone zu produzieren. Weigern sich die Studierenden, bei Foxconn zu arbeiten, fliegen sie von der Uni.

Gabi Burgstaller (SPÖ), Landeshauptfrau von Salzburg, schlägt nun vor, Studierenden die Studiengebühren zu erlassen, wenn sie ein freiwilliges soziales Jahr machen. Staat und Unternehmen bekommen billige Arbeitskräfte und

drücken die Löhne im Sozialbereich noch weiter. An unbezahlten Praktika durch AbsolventInnen der Uni verdienen die Unternehmen jetzt schon Millionen. Die Wirtschaftskammer fordert außerdem Studiengebühren – und Steuersenkung für Unternehmen. Weg mit allen Studiengebühren und eine massive Erhöhung der Besteuerung von Gewinnen und Vermögen, um u.a. das Bildungssystem zu finanzieren!



Gemeinsam gegen Uni-Krise!

Schon bisher haben Kinder aus bessergestellten Familien häufiger studiert. Kinder aus Arbeiterfamilien hingegen waren und sind

Generell soll die Bildung stärker den Interessen der Wirtschaft folgen. Studien, die für Unternehmen uninteressant sind, bekom-

Studierenden der Regierung ziemlich egal sind. Doch vom Sparpaket sind mehr Menschen betroffen: Durch gemeinsame Pro-

Universitäten sollen immer mehr wie Unternehmen und in deren Interesse geführt werden.

– ebenso wie MigrantInnen und Frauen – unterrepräsentiert. In Zeiten der Wirtschaftskrise wird dieses soziale Aussieben noch verstärkt. Was macht die etablierte Politik? Sie überlegt, wieder Studiengebühren einzuführen bzw. lässt ihre Einführung zu. Sie erschwert den Zugang zum Studium und kürzt das Uni-Budget! Unis stehen miteinander in Konkurrenz um das Geld – wer am meisten spart, gewinnt.

men weniger Geld oder fallen weg. Für die Menschen an den Unis wird die Lage immer unerträglicher, sie beginnen sich zu wehren. Eine Protestwelle (#unibrennt) rollte 2009 ausgehend von Wien über alle österreichischen Unis und dann in viele andere Länder. In Wien fanden Demos mit 50.000 Teilnehmern statt. Trotzdem konnten keine spürbaren Verbesserungen erzielt werden. Warum? Weil Proteste von

testen mit Beschäftigten und Gewerkschaften kann der Druck groß genug werden. In Quebec/Kanada schafften Studierende, die gegen eine Erhöhung der Studiengebühren streikten, diesen Schulterschluss. Hunderttausende Menschen und viele Gewerkschaften und andere Gruppen beteiligten sich. Die Erhöhungen mussten zurückgenommen werden. Ein Beispiel auch für Österreich!

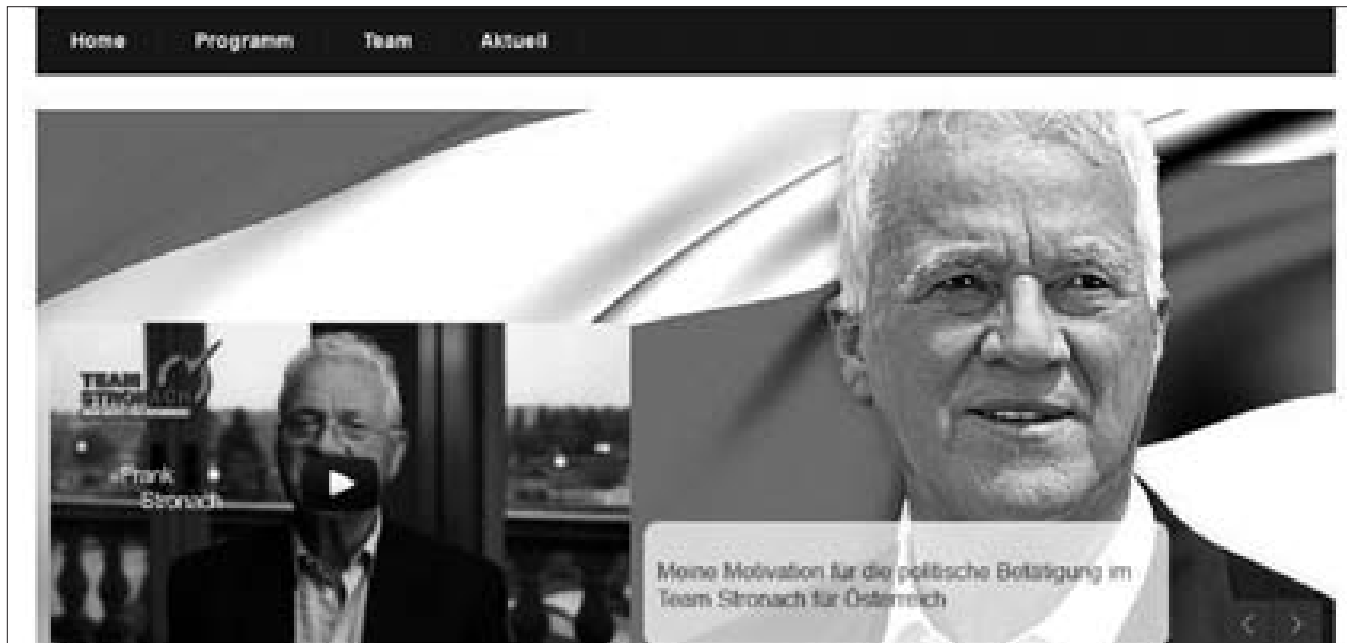
Georg Kummer



Statt Frauen gegen Männer: Aufnahmetests weg, Geld her!

An der MedUni gibt es Zugangsbeschränkungen durch Aufnahmetests. Auch das ist Elitenbildung, da jene durchkommen, die schon in der Schule mehr Förderung durch LehrerInnen, Eltern oder teure Nachhilfe erhalten. Weil Frauen tendenziell schlechter abschnitten, wurden die Tests getrennt ausgewertet, um mehr Frauen das Studium zu ermöglichen. Es hagelte Proteste gegen die „Männerdiskriminierung“. Tat-

sächlich haben Frauen bei den Testfragen aufgrund des heimischen Schulsystems mit seiner frühen Trennung in unterschiedliche Schultypen und wegen nach wie vor existierender Geschlechter-Vorurteile eine schlechtere Startposition. Die Lösung ist aber keine Frauenquote, sondern ein anderes Schulsystem, die Abschaffung der Tests an sich und mehr Geld für die MedUni. DANN gibt es auch genügend und gute ÄrztInnen!



Stronachs „schöne, neue“ Welt

Laut IMAS-Studie vom September können sich 33% vorstellen, Stronachs Liste zu wählen. Das zeigt einerseits, wie groß der Wunsch

300 Beschäftigte der Stronach-Firma „Innovatech“ in Streik traten, um sich gewerkschaftlich zu organisieren, schloss der verhal-

chers: Der Staat solle eine „Grundausbildung bis 18 Jahre“ garantieren, „danach bräuchte es nur mehr ein paar kleine Spezialuni-

schaft“ sein: „Ich würde Sozialkarten ausgeben, für die man Lebensmittel, Gesundheitsversorgung und ein Obdach erhält.“ („For-

Die „Politik“ des Milliardärs ist ein Frontalangriff auf ArbeiterInnen, Jugendliche und sozial Schwache.

nach Veränderung ist. Andererseits macht es deutlich, wie sehr eine echte Alternative zur etablierten Politik fehlt. Die ist der reiche Onkel aus Kanada sicher nicht.

Ein Erfolg oder eine Regierungsbeteiligung Stronachs würde gerade die sogenannten „kleinen Leute“ besonders hart treffen. Was der „Selfmade-Milliardär“ von ArbeiterInnen und Gewerkschaften hält, ist längst bekannt: Als 1978

tensauffällige Unternehmer kurzerhand das ganze Werk. Im Stronach-Unternehmen „Auteca“ im steirischen Weiz wurde 1999 eine Arbeiterin entlassen, weil sie für die Schaffung eines Betriebsrats eingetreten war. Mitgliedsbeiträge an die Gewerkschaft verglich Stronach wiederholt mit „Schmiergeldzahlungen an die Mafia“.

Jenseitig ist auch die „Bildungspolitik“ des gelernten Werkzeugma-

versitäten, [...] wir brauchen nicht Massen von Soziologen, Philosophen oder Germanisten. Was wir brauchen, sind Maurer, Bäcker, Maschinenführer oder Techniker.“ („Format“, 1.7.2011)

Was der laut „Forbes“ 1,2 Mrd. Dollar schwere Stronach über Soziales zu sagen hat, klingt wie ein Aufbruch in die Vergangenheit: Die Wirtschaft könne nicht das „soziale Auffangnetz für die Gesell-

mat“). Und von seinem Lieblingskind, der Flat Tax, profitieren nur Reiche.

Wer eine echte Veränderung will und dabei Stronach und seine mandatsgeile Söldnertruppe wählt, macht den Bock zum Gärtner. Es braucht eine neue Partei - aber sie muss demokratisch und sozialistisch sein, wenn sie eine echte Alternative im Interesse der „kleinen Leute“ sein soll.

Alexander Svojtko

ÖVP gegen das Recht auf Abtreibung

Vorarlberg: Der Beschluss der 1970-iger Jahre, keine Abtreibungen im Sinn der Fristenlösung durchzuführen, gilt noch. Landesrat Tilg: „Abtreibungen sind keine Aufgabe der öffentlichen Krankenanstalten“. Landesrat Wallner findet, man müsse alles tun, damit eine Abtreibung weder kostengünstig noch einfach durchzuführen ist. Die Wiener Gemeinderätin Feldmann findet „Abtreibung auf Krankenschein lebensverachtend“.

Das ist Mainstream in der ÖVP: Minister Mitterlehner empfindet es als „falsches Signal“, in allen öffentlichen Spitälern Schwangerschaftsabbrüche zu ermöglichen. „Sein“ Ministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend finanziert aktuell auch einen Werbespot der Anti-Abtreibungsorganisation „Aktion Leben“ („es darf kein Recht auf Abtreibung geben“). Unter ÖVP-Familienstaatssekretärin Christine Marek gab das

gleiche Ministerium 2009 einen Folder „Schwanger - was nun?“ heraus, der nicht nur suggerierte, ein Abbruch würde zu psychischen Problemen führen, sondern ebenfalls mit Steuergeld die „Aktion Leben“ und ähnliche „Beratungsstellen“ bewarb - wo ein Abbruch möglich ist, wurde verschwiegen. Der Folder wird beim Kauf eines Schwangerschaftstests in der Apotheke mitgegeben und lag auch bei der Drogeriekette dm auf.

Der Cartellverband CV, der Dachverband der katholischen Studentenverbindungen, dem zahlreiche ÖVP-Politiker und Minister wie Spindelegger, Berlakovic und Mitterlehner angehören, geht einen Schritt weiter: Im Frühjahr 2004 wurde eine Stellungnahme zu einer Verfassungsreform veröffentlicht. Diese hatte zum Inhalt, dass die Straflosigkeit eines Schwangerschaftsabbruchs („ohne Indikation“) ausgesetzt werden soll.

Der rechte Rand

Vom 4.-8. Oktober soll in Wien der „6. Welt-Gebets-Kongress für das Leben“ stattfinden. Hinter dem harmlosen Titel verbirgt sich ein Angriff auf das Recht auf Abtreibung und noch mehr: Die Verbindungen der Veranstalter zur extremen Rechten sind zahlreich. Eine der aufrufenden Organisationen, die „Europäische Ärzte Aktion (EÄA)“, steht ganz weit rechts. Schon ihre Gründer Blechschmidt (NS-Arzt und SA-Mitglied) und Borowsky (u.a. „Freiheit für Rudolf Hess Komitee“) waren tief von NS-Ideologie geprägt. Scheinheilig vergleichen sie auf ihrer Webseite den Holocaust mit Abtreibungen. Solche Verharmlosungen des NS-Regimes sind in der rechtsextremen Szene üblich. Kein Wunder also, das andere Anti-Abtreibungs-Aktivisten wie Ewald Stadler (BZÖ, „Mercedarier Ritterorden“) sich in Bezug auf den Holocaust für einen „enttabuisierten Umgang mit Geschichte“ einsetzen: ein Code für Holocaustleugner.

Die sogenannte „Pro Life“-Bewegung ist ein Verbindungsglied von „bürgerlichen“ und kirchlichen Kräften zur Neonaziszene. Auch die Gruppe „Human Life International (HLI)“ kennt keine Berührungsängste mit Rechtsextremen. In der Vergangenheit riefen sie auf, die FPÖ zu wählen. Die FPÖ fordert „Adoption statt Abtreibung“. Bei der Begründung solcher Forderungen zeigt sich oft auch bei „christlichen“ Gruppen rassistisch-völkische Ideologie. Die ÖsterreicherInnen würden durch Abtreibung, Homosexualität und Verhütung aussterben und „der Islam“ würde so Europa übernehmen. NS-Stichwörter wie „Entvölkerung“ finden sich auch in HLI-Material.

2004 plante General Motors (GM), die Konzernmutter von Opel, 62.000 Arbeitsplätze in Europa abzubauen. Die Beschäftigten in Bochum streikten ohne Unterstützung von Gewerkschaft und Gesamtbetriebsrat. Sieben Tage Streik mit Werksblockaden zwangen die Konzernleitung zum Einlenken. Für den Sieg war die Solidarität aus anderen Opel-Werken in Europa entscheidend.

2008 war GM, der weltweit größte Autoproduzent, de facto bankrott. Diesmal erreichte der Gesamtbetriebsrat, dass die Opel-Belegschaft die Logik des Sparens akzeptierte – unter anderem, weil auch die deutsche Regierung Milliarden zur

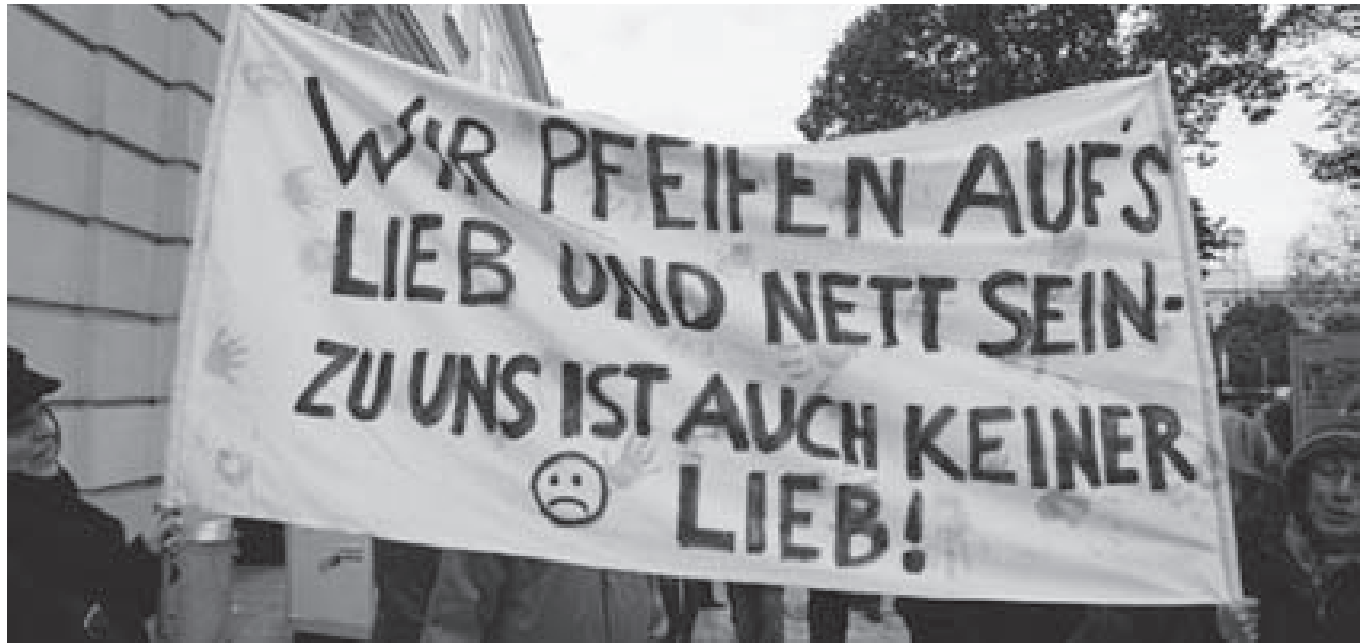
Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

„Standortsicherung“ in die Betriebe pumpt. Die Konzernleitung spielte die Standorte gegeneinander aus. Das Ergebnis: Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen und Schließung des Opel-Werkes im belgischen Antwerpen.

2012 geht es mit der europäischen Autoindustrie wieder bergab. Überkapazitäten am Markt und Absatzbrüche wegen der Krise drängen die Autokonzerne, durch Einsparungsmaßnahmen wieder profitabel zu werden. Es gibt Kurzarbeit; als nächstes droht Arbeitsplatzabbau für Tausende.

Die zwei Beispiele zeigen: wenn die Beschäftigten nicht der Sparlogik folgen, sondern einen entschlossenen standortübergreifenden Arbeitskampf führen, kann die kapitalistische Marktlogik – zumindest zeitweise – außer Kraft gesetzt werden. Doch endgültig Schluss mit Jobabbau und Arbeitslosigkeit wird erst sein, wenn wir mit dem Kapitalismus als solchem Schluss machen.

Gerhard Ziegler



Nulllohnrunde zurückschlagen!

Viele Menschen denken beim Thema Nulllohnrunde im Öffentlichen Dienst an überbezahlte Beamten. Zumindest stellen es

schen betroffen, fast 1/4 aller lohnabhängig Beschäftigten, in Wien rund 70.000. Z.B. Müllleute mit einem Einstiegsgehalt von knapp

Aber es regt sich Widerstand. In Wien spricht sich eine wachsende Zahl von Belegschafts-Vertretungen gegen die Nulllohnrunde

mit grüner Beteiligung von der Stadtregierung umgesetzt. Wenn die Opposition der Grünen ernst genommen werden soll, müssen sie nicht nur im Gemeinderat dagegen stimmen, sondern auch aktiv die Proteste unterstützen – auch wenn das die Koalition gefährdet.

Wenn GÖD und GdG weiterhin ruhig halten, ist klar: Die Nulllohnrunde kann auch gegen den Willen der Gewerkschaftsspitzen gekippt werden! Dazu braucht es eine kämpferische Kampagne und v.a. die aktive Einbeziehung der Beschäftigten und den Schulterchluss mit anderen Opfern des Sparpaketes!

Christian Bunke

<http://diealternative.org/nulllohnrunden/>

Rund 900.000 Beschäftigte in ganz Österreich sind 2013 von einer Nulllohnrunde betroffen.

die Medien so dar. In Wirklichkeit ist fast jeder betroffen, der im Öffentlichen Dienst, bei der Gemeinde oder im Gesundheitsbereich arbeitet. Die Nulllohnrunde könnte auch auf private Trägervereine im Sozialbereich übergreifen.

Die meisten der Betroffenen verdienen zwischen 1.300 und 1.900 Euro brutto im Monat. Kaum eine Riesensumme. Österreichweit sind 900.000 Men-

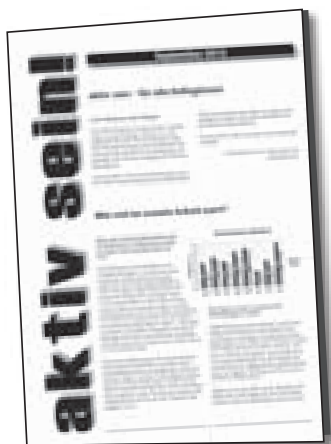
1.600 Euro. Die Nulllohnrunde bedeutet für sie in den nächsten 10 Jahren einen Verlust von knapp 5.000 Euro.

Die Nulllohnrunde ist Teil des Sparpaketes, das Februar 2012 beschlossen wurde. Die Gewerkschaften haben dem zugestimmt. Damit haben sie akzeptiert, dass es 2013 keine Gehaltserhöhung und 2014 höchstens 1 % mehr für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst gibt.

aus. Darunter unter anderem Wiener Wohnen, die Schulwarte und der Fonds Soziales Wien – bis Redaktionsschluss insgesamt 10 % der bei der Gemeinde Wien Beschäftigten. Auch die Bundes-Arbeiterkammer hat eine Resolution gegen die Nulllohnrunde verabschiedet.

Die Grünen Wien haben einen einstimmigen Beschluss gegen die Nulllohnrunde. Trotzdem wird sie

Demokratie in der Betriebsratsarbeit



Betriebszeitung „aktiv sein!“ der gleichnamigen BR-Liste bei Jugend am Werk

Als dem ÖGB infolge der BA-WAG-Krise die Mitglieder davonliefen, rang sich die Gewerkschaftsführung zu einem Reformpapier durch, in dem sie echte demokratische Strukturen ankündigte. Umgesetzt wurde davon leider nichts. Die Gewerkschaftsbürokratie fährt die altbekannte StellvertreterInnenpolitik und leider ist es in vielen Betriebsräten genauso.

Setzt der Betriebsrat jedoch auf Demokratie, kann er wirklich die Interessen

der KollegInnen vertreten. Die Belegschaft wird in Diskussionen mit einbezogen und entscheidet selbst, welche Richtung eingeschlagen wird oder welche Forderungen gestellt werden. Dies gilt für innerbetriebliche Anliegen wie Betriebsvereinbarungen oder die Verwendung der Betriebsratsumlage. Genau so wichtig ist es natürlich auch bei überbetrieblichen Themen, wie den KV-Verhandlungen. Vorher muss die KollegInnenschaft die

Forderungen diskutieren und beschließen. Während der Verhandlungen entscheiden die Betroffenen über Art, Beginn und Ende von Kampfmaßnahmen. Ebenso müssen Verhandlungsergebnisse abgestimmt werden, bevor sie angenommen werden. Dadurch sind Betriebsräte und VerhandlerInnen in einer weitaus stärkeren Position, da klar ist, dass die KollegInnen auch aktiv hinter ihnen stehen.

Herbert Wanko

Gemeinsam Abschiebungen verhindern!

In Wien fanden von 26.9. bis 28.9. die Aktionstage gegen Abschiebungen statt. Der Hintergrund ist eine Abschiebewelle. Ab 2014 erhalten Menschen, die seit fünf Jahren legal hier sind, ein Bleiberecht. Es scheint so, als ob die Behörden vorher noch möglichst Viele abschieben möchten – zur Zeit rund sieben Menschen pro Tag!

Höhepunkt war die Demo am 27.9. unter dem Motto „Familien und FreundInnen gegen FremdenUNrecht“, zu der mehrere Hundert Menschen kamen. Dieses Mal ging es jedoch nicht mehr „nur“ um eine/n Betroffene/n. Es ging um Familien, die auseinandergerissen werden sollen. So nahm auch Yaya, ein politischer Flüchtling, der nach Gambia abgeschoben werden soll, mit seiner Tochter teil. Es kamen also auch Flüchtlinge, ihre PartnerInnen und ihre Kinder. Doch wenn mensch aufgebracht darüber ist, dass Kinder ohne ihre Väter aufwachsen müssen, kommen seitens der Behörden zynische Antworten wie: „Die Mutter kann doch mit dem Kind nachreisen.“ Nachreisen in ein Land, das ihnen fremd ist und wo Verfolgung und Elend auf sie warten. Dabei meint die Frauenministerin Heinisch-Hosek, dass sich die Väter mehr in die Erziehung einbringen sollen. Zynismus pur!

Die Demo wurde von vielen RednerInnen politisch geprägt und viele TeilnehmerInnen hatten eigene Plakate oder Schilder. Die SLP intervenierte mit dem Motto: „Wir wollen Bildung und Arbeitsplätze statt Rassismus und Ausländerhetze!“

„Es ist schön, nicht alleine dazustehen. Gemeinsam können wir unsere Forderungen durchbringen!“, meinte Andi, eine Demonstrantin. Insgesamt war es eine lautstarke und gelungene Demo!

Im Rahmen der Aktionstage fanden auch ein Workshop „Wie verhindere ich eine Abschiebung“, eine Pressekonferenz und eine Podiumsdiskussion statt. Zum Abschluss gab es eine Soli-Party, bei der auch die bekannte Singer/Songwriterin Laura Rafetseder (SLP) sang.

Aber auch in Oberösterreich tut sich was. So organisierte die SLP am 20.9. eine Kundgebung in Linz, um für die Aktionstage zu mobilisieren. Und in Wels beteiligten wir uns vor dem Landesgericht an einer Kundgebung gegen die Abschiebung des kurdischen Aktivisten Ali Yesil in die Türkei.

In Österreich gibt es mehr MillionärInnen als offene Asylverfahren – Geld ist also genug da, um allen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen!

Sedef Yavuz



Gmundner: Nein zu Lacus Felix

Der Unmut unter den GmundnerInnen ist gut zu spüren, wenn man von den Hotelplänen des Schotterbarons Hans Asa-

und die SLP führen seit längerem eine Kampagne gegen das Projekt durch. Wieder einmal sollen Gewinne pri-

tenlisten und lustige Ballonstarts.

Wirklich etwas erreichen werden wir durch eine breite Mobilisierung

Der Baubeginn für das Seehotel soll im Oktober sein, Widerstand ist jetzt notwendig.

mer spricht. Nicht genug, dass große Teile des öffentlichen Badeplatzes am Seebahnhof für ein Zehntel des realen Wertes von der Gemeinde verschert wurden. Die 32 Meter Stahl-Glas-Konstruktion, in deren Schatten man in Zukunft baden „darf“, soll auch noch mit Steuermillionen von Land und Gemeinde gefördert werden.

Die Bürgerinitiative „Gmundner Zukunft“

vatisiert und Kosten vergesellschaftet werden. Das Hotel bedeutet eine Verschlechterung der Lebensqualität aller GmundnerInnen, die das Areal gerne nutzen.

Bei den Freitagsaktionen konnten wir zahlreiche Unterschriften sammeln und erhielten viel positives Feedback. Die SLP ist aber der Meinung, dass es mehr braucht als einen Stoß Unterschrif-

der Betroffenen, um die politisch Verantwortlichen unter Druck zu setzen. Das bedeutet Präsenz vor Ort und in den Medien. Unsere Aufgabe sehen wir darin, als Betroffene gemeinsam mit anderen Betroffenen den Widerstand zu organisieren und Ideen und Forderungen einzubringen, die über den kapitalistischen Mainstream hinausgehen! **Karl Breinesberger**



Foto: Bernhard Mallinger

Wer Zugangsbeschränkungen sät, wird Widerstand ernten

Auch an der Informatik der TU Wien zeigen sich die Konzepte bürgerlicher Bildungspolitik: Angesichts leerer Kassen und bildungswilliger Menschen wird versucht, letztere durch neue Prüfungen loszuwerden. Künstliche Hürden hindern besonders jene am Studieren, die bereits durch andere gesellschaftliche Umstände im Nachteil sind: sozial Schwache, MigrantInnen oder Frauen. Übrig bleiben Plätze für eine Elite.

Die SLP beteiligt sich am Widerstand gegen die Zugangsbeschränkungen. Am „Beginners' Day“ wurden die Erstsemestrigen zusammen mit AktivistInnen der Fachschaft durch Flyer und Unterschriftenlisten informiert und zu Aktionen aufgerufen. Nach diesem erfolgreichen Anfang muss jetzt der Schulterchluss mit anderen Kämpfen gelingen, um mit vereinten Kräften die Angriffe zurückzuschlagen!

Bernhard Mallinger

Termin des Monats

Protest gegen Nulllohnrunde

Das Sparpaket der Bundesregierung bringt eine Nulllohnrunde im Öffentlichen Dienst; die Länder – auch Wien – übernehmen diese. Die Wenigsten im Öffentlichen Dienst haben Spitzeneinkommen, sondern arbeiten im Krankenpflegebereich, bei der Reinigung, sind StrassenbahnfahrerInnen etc. Die SPÖ gibt sich gern „sozial“, ist aber zentral verantwortlich für die geplante Nulllohnrunde.



Protest gegen Nulllohnrunden beim SPÖ-Parteitag

Samstag, 13. Oktober, 9 Uhr
Kundgebung
beim **VAZ in St. Pölten**

Infos für Anreise, etc.:
www.slp.at

Jetzt gibt es mit **Sixx** also einen „Frauensender“, der Frauen auf Koch- und Heiratssendungen sowie Seifenopern beschränkt. Und just bestätigt eine Studie des Meinungsforschungsinstituts Spectra das Revival des konservativen Frauenbildes. Der Aussage „Im Grunde finde ich es richtig, dass sich die Frauen um den Haushalt und die Kinder kümmern und die Männer das Geld verdienen“ stimmten 2012 54 % zu (2005: 49 %). Für diesen Anstieg sind v.a. die Frauen verantwortlich: 51 % stimmten dieser Aussage zu. Das ist eine Zunahme von 10 % im Vergleich zu 2005.

Ist „Sixx“ also ein Sender im Interesse von

Rote Seitenblicke

Frauen? Nein, denn die Studie zeigt auch, dass die Befragten wissen, dass Hausfrauen sich in Abhängigkeit von ihrem Partner begeben: 81 % finden, dass ein Beruf für Frauen das beste Mittel ist, um unabhängig zu sein. 78 % denken aber, dass Männer es im Berufsleben leichter haben als Frauen. Und hier liegt das Problem: Die Jobchancen und Löhne für Frauen werden immer schlechter; die Doppelbelastung steigt durch Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich. Die Flucht in die Hausfrauenrolle ist die logische Konsequenz.

Statt Sixx & Co. brauchen Frauen zur Entlastung den Ausbau der Kinderbetreuung und des Sozial- und Gesundheitsbereichs. Wir wollen keine weibliche Teilzeit- und männliche Vollzeitarbeit, sondern eine Arbeitszeitverkürzung für alle bei vollem – und zwar gleichem! – Lohn. Dann können Frauen wie Männer Erwerbs- und Hausarbeit kombinieren und bezahlte Arbeit zahlt sich für beide gleichermaßen aus!

Nora Brandes



50 Jahre Kommerz-Beatles

Viele Stars vor den Beatles erscheinen angesichts der heutigen Vermarktungsindustrie geradezu unschuldig. Trotzdem war die Musikindustrie damals schon

Beatles. Die Beatles selbst gab es schon seit August 1960, allerdings noch mit Stu Sutcliffe am Bass und Pete Best am Schlagzeug. Sutcliffe stieg schließlich

nagers gründeten sie 1968 den Apple-Musikkonzern. Aufgrund ihrer Erfahrungen wollten sie Kunst und Musik vom Einfluss der Unterhaltungsindust-

letzte und als er sein Soloprogramm am 10. April 1970 verkündete, war das das Ende der Beatles. Es folgten endlose Rechtsstreitigkeiten und unzäh-

Musikalisch erreichten sie alles. Mit ihrem Versuch einer Oase im Kapitalismus erlitten sie Schiffbruch.

durch und durch kommerzialisiert. Bestes Beispiel: die Beatles. Eigentlich waren sie eine Rockergruppe von 4 bis 5 halbstarken Jugendlichen ganz in Leder. So haben sie auch keinen Plattenvertrag bekommen. Den bekamen sie erst, als sie sich in brave Anzug-Outfits stecken ließen und die netten Jungs von nebenan spielten. Das wird jetzt auch 50 Jahre alt – die alles prägenden, braven

aus und starb ein Jahr später an einer Gehirnblutung, eventuell ausgelöst durch eine Hafenschlägerei mit Lennon in Hamburg. Pete Best wurde im August 1962 in einer Nacht- und- Nebel-Aktion rausgeschmissen und durch Ringo Starr ersetzt.

Nach ihren großen Erfolgen und der Beatlemania versuchten sich die Beatles als „Weltverbesserer“. Nach dem Tod ihres Ma-

rie befreien. Gute Idee. Das Projekt einer antikapitalistischen Oase im Kapitalismus ging aber gnadenlos schief und die Beatles versenkten Millionen. Das führte auch zum Streit untereinander.

Und schon naht das Ende. Mit dem Weißen Album 1968 war bei den Beatles als Band die Luft raus. Jeder ging privat und musikalisch vermehrt eigene Wege. McCartney war der

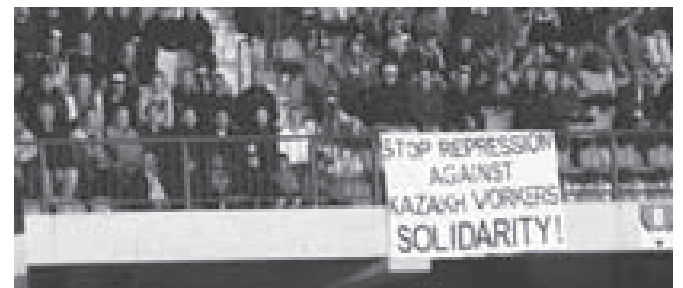
lige Versuche der Musikindustrie, sie zu einem Comeback zu bewegen. Aber dazu hatten sich die Beatles schon zu weit auseinanderbewegt. Weil aber die Beatles noch immer „ziehen“, bastelt die Musikindustrie an einem neuen Coup: die Beatles-Söhne-Band. Das wäre kein Comeback, aber sicher die größte Peinlichkeit in der Geschichte der Pop-Musik!

Albert Kropf

Warum Österreich eine Diktatur hofiert

Am 16.10. findet in Wien das Fußballmatch Österreich-Kasachstan statt. Der Hintergrund: Kasachstan plant umfangreiche Investitionen, von denen sich heimische Unternehmen ein Exportvolumen von mehreren hundert Millionen Euro/Jahr erwarten. Vamed, Andritz, Plasser & Theurer u.a. verdienen an milliardenschweren Aufträgen für Infrastruktur, Telekommunikation und Anlagenbau. Gleichzeitig ist Kasachstan größter Öllieferant Österreichs. Auf

kasachischer Seite profitiert eine kleine superreiche Elite um Nasarbajew. BP Fischer besprach 2010 mit ihm eine umfangreiche wirtschaftliche Kooperation, es folgten drei Absichtserklärungen. 2011 unterzeichneten BM-Mitglieder und der kasachische Vize-Premierminister eine Deklaration zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen. ArbeiterInnen der kasachischen Öl- und Gaskonzerne wehren sich gegen unmenschliche Arbeits-



bedingungen und fordern demokratische Grundrechte. Das Nasarbajew-Regime geht gegen sie mit Gewalt und Verfolgung vor, die am 16.12.2011 einen blutigen Höhepunkt in Shanaozen erreichte.

Rund 100 Streikende und UnterstützerInnen wurden getötet. Wird der ÖFB Proteste gegen die Diktatur verhindern und sich zum Handlanger des Diktatoren machen?

Helga Schröder



Sprecht Russisch mit den Herrschenden!

Alle paar Jahre, meist Ende Oktober, Anfang November füllen sich die Wochenendbeilagen der bürgerlichen Zeitungen mit den mittlerweile nicht mehr ganz frisch wirkenden „Enthüllungen“ und „Skandalen“ über die „Schrecken“ der Russischen Revolution von 1917. Auch 95 Jahre danach sind die beiden Männer mit dem Ziegenbart (Lenin und Trotzki, die führen-

zeln nach vor allem ein Ausdruck der objektiven Notwendigkeiten im Russland von 1917. Der 1. Weltkrieg zog sich schon drei lange Jahre hin. An der Front starben die Soldaten, im Land hungerten die Menschen und die Bäuerinnen und Bauern hatten kein Land. Die grundlegenden Forderungen der russischen Bevölkerung erwachsen notwendigerwei-

der Versorgung der Bevölkerung, einer Landreform und der Beendigung des Krieges nicht automatisch revolutionär. Im Kern handelte es sich dabei um Forderungen, deren Umsetzung unter anderen Bedingungen, in anderen Ländern, die Grenzen des Systems nicht gesprengt hätten.

Anders aber in Russland. Der Krieg hatte die Wi-

der Überwindung des Kapitalismus. Keine bürgerliche Regierung war in der Lage, den Forderungen der Massen entgegenzukommen. Die konsequente Durchsetzung der Forderungen nach Frieden, Land und Brot konnte nur von der organisierten ArbeiterInnenklasse durchgeführt werden, musste auf revolutionärem Weg geschehen und somit ein Schritt zu einer sozialis-

gentlichen, PensionistInnen etwa in Griechenland ähneln nicht wenig jenen ihrer VorgängerInnen in Russland vor 95 Jahren. Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Elend und Hoffnungslosigkeit gilt es zu überwinden. Wie damals sind sämtliche bürgerliche Regierungen und Parteien weder willens noch in der Lage, diesen grundlegenden Forderungen, die an sich nicht

„Nicht ‚Einführung‘ des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern einstweilen nur sofortige Übernahme der Kontrolle [...] durch die Arbeiterdeputierten.“

(Lenin, Aprilthesen)

den Figuren des Oktobers) der leibhaftige „Gott-sei-bei-uns“ der Herrschenden. Wenn Presse und Medien gleichermaßen Gift und Galle spucken, ist es angebracht, sich mit dem historischen Ereignis ernsthaft auseinanderzusetzen und eine Linie von den damaligen Erfahrungen zu heutigen Fragen zu ziehen.

Die Russische Revolution war ihren tieferen Wur-

se aus diesen drei großen Übeln. Unter „Frieden, Land, Brot!“ wurde Anfang März 1917 der Zar gestürzt und eine provisorische, bürgerliche Regierung kam an die Macht. Diese versprach, die Forderungen zu erfüllen. Sie war dazu aber nicht in der Lage, weil sie nicht bereit war, die ökonomische und politische Basis des Kapitalismus zu verlassen. Dabei sind die Forderungen nach

dersprüche innerhalb der russischen Gesellschaft aufbrechen lassen und die Unzulänglichkeiten des zurückgebliebenen russischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems offen zur Schau gestellt. Reformen waren in diesem Rahmen schlicht nicht mehr möglich. Keine der existierenden Parteien – außer den Bolschewiki und in Teilen den linken Sozialrevolutionären – hatte auch ein Interesse an

tischen Gesellschaftsordnung sein.

Das kapitalistische Trauerspiel ist seither weitergegangen. Auch heute bedeutet Kapitalismus für Milliarden Menschen Armut, Hunger, Ausbeutung und Krieg. Auch heute ist der Kapitalismus in einer tiefen Krise und so leicht scheint sich diese nicht beheben zu lassen. Die Forderungen der Masse der Beschäftigten, Ju-

am System selbst krätzen würden, entgegenzukommen. Wie schon 1917 ist die Umsetzung dieser Forderungen nur möglich, wenn die Menschen ihr Schicksal und ihre Gesellschaft selbst in die Hand nehmen. Das bedeutet dann aber auch einen grundsätzlichen Bruch mit jenem Gesellschaftssystem, das nicht in der Lage ist, den Menschen eine Zukunft zu bieten.

Jan Rybak



Der Verlauf der Revolution

1903: 2. Konferenz der russ. Sozialdemokratie. Spaltung Bolschewiki – Menschewiki.

1905: Bittprozession zum Zaren wird beschossen (200 Tote). Revolutionäre Erhebung in Petersburg. Räte (=Sowjets) organisieren den Widerstand. An der Spitze des Petersburger Sowjet steht Trotzki, unterstützt von Lenin.

1912: Endgültige Trennung von Bolschewiki und Menschewiki. Die Mehrheit der Menschewiki orientiert sich an der westlichen Sozialdemokratie.

1914: Beginn 1. Weltkrieg mit Unterstützung des Großteils der Führung der westlichen Sozialdemokratie. Nur eine kleine Minderheit (Lenin, Trotzki, Liebknecht, Luxemburg...) bleibt am Boden des Sozialismus.

1917

Februar/März: Der Lebensmittelmangel führt bei einer Demonstration zum Frauentag zum Beginn der Revolution. Es werden Räte gebildet, der Zarismus gestürzt und eine Provisorische Regierung unter Führung von Menschewiki und Sozialrevolutionären gebildet.

April: Lenin richtet nach der Rückkehr aus dem Exil die Partei mit den „April-Thesen“ gegen die Provisorische Regierung aus.

Mai: Trotzki kehrt aus dem Exil zurück. Er steht in der innerparteilichen Diskussion auf Lenins Seite.

Juni: Die Fortführung des Krieges durch die bürgerliche Regierung bringt Unterstützung für Bolschewiki.

Juli: Teile der ArbeiterInnenklasse versuchen, die Macht zu erobern. Die Bolschewiki unterstützen, obwohl sie es für verfrüht halten. Es folgt Repression des Regimes.

August: Der rechte General Kornilow putscht gegen die Provisorische Regierung. Bolschewiki organisieren die Verteidigung der Revolution.

September: Mehrheit für die Bolschewiki in Moskauer Duma und Petrograder Sowjet.

7. November: Oktoberrevolution, Sturz der Provisorischen Regierung. Der 2. Allrussische Sowjetkongress setzt den Rat der Volkskommissare mit Lenin als Vorsitzenden ein.

1918: Bolschewiki beenden mit dem Frieden von Brest-Litowsk den Krieg, werden aber vom Ausland in den Bürgerkrieg gezwungen, der bis 1920 dauert.

1922: Lenin schlägt Trotzki einen Block „Gegen den Bürokratismus“ vor.

1923: Lenin verlangt die Absetzung Stalins als Generalsekretär. Trotzki geht in Opposition.

1924: Tod Lenins, es beginnt intensive Kampagne gegen „Trotzkismus“.

1926: Bildung der Vereinigten Opposition u.a. mit Trotzki, Sinowjew, Kamenew.

1927: Kampf zwischen Opposition und Stalinclique, die am 15. Parteitag im Ausschluss von 75 OppositionsführerInnen endet. Endgültiger Sieg Stalins.

Die Bedeutung der Russischen Revolution im 21. Jahrhundert

Seit dem Platzen der Immobilienblase in den USA 2007 sind Millionen Menschen von der schlimmsten Wirtschaftskrise seit den 1930ern betroffen. Der Kapitalismus hat offen gezeigt, dass er ArbeiterInnen nichts zu bieten hat und immer wieder zu Krisen führt. Bezahlen sollen die Verluste nun wir. In ganz Europa gehen Volkswirtschaften den Bach hinunter. Es werden brutale Kürzungspakete geschnürt und Millionen Menschen in den Ruin getrieben. Es regt sich aber auch weltweit Widerstand. In Griechenland gab es seit dem Eintreten in die Krise 13 Generalstreiks, in der arabischen Welt wurden Diktatoren gestürzt. Auch in Ländern wie z.B. Irland werden die Proteste intensiver. Viele Menschen sind mit dem Kapitalismus unzufrieden, wissen jedoch nicht, wie eine Alternative aussehen könnte.

1917 erschütterte die Russische Revolution die gesamte Welt. Zwar hat sich seither einiges verändert, nicht jedoch der Kapitalismus als Grund des Übels an sich. Revolutionen fallen nicht vom Himmel. Sie entstehen durch den Kampf unterschiedlicher Klassen für ihre Interessen. Im Kapitalismus sind es ArbeiterInnen und UnternehmerInnen. Die einen besitzen die Fabriken und Produktionsmittel, die anderen besitzen nichts und müssen vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben. Da der Kapitalismus auf der Ausbeutung der Arbeitskraft beruht, kann diese innerhalb des Systems auch nicht einfach

beendet werden. Gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise stoßen damit normale Forderungen, wie z.B. eine Lohnerhöhung, schnell an die Grenzen des kapitalistischen Systems. In Ländern wie Griechenland wird die gesamte ArbeiterInnenklasse ihrer Existenz beraubt. Im Rahmen des Kapitalismus gibt es kaum eine Chance für sie! Wollen die GriechInnen ihren Lebensstandard halten, ihre Kinder auf Schulen schicken, eine Kranken- und Altersversorgung, dann gibt es keinen anderen Weg als den Kapitalismus zu stürzen. Daraus ergibt sich die grundsätzlich „revolutionäre“ Rolle der ArbeiterInnenklasse, wenn sie ihre Probleme lösen will. Der Weg zum Erkennen der eigenen Stärke und Rolle als ArbeiterInnenklasse führt nur über soziale Bewegungen und Kämpfe wie z.B. Streiks. In Russland 1917 machte die ArbeiterInnenklasse nur ca. 8 % aus. Allerdings entwickelte sie infolge der Kämpfe gegen die Lebens- und Arbeitsbedingungen des 1. Weltkrieges und schließlich auch gegen den rückständigen Zarismus schnell ein starkes Klassenbewusstsein.

Im Februar 1917 waren es die TextilarbeiterInnen St. Petersburgs, die mit einem Streik die Revolution einleiteten und den Zar zum Abdanken zwangen. Zwar waren die in die Regierung aus Menschewiki und Sozialrevolutionären gesetzten Illusionen zunächst groß. Die Regierung blieb aber im Boden des Kapitalismus verwurzelt. Sie war nicht willens,

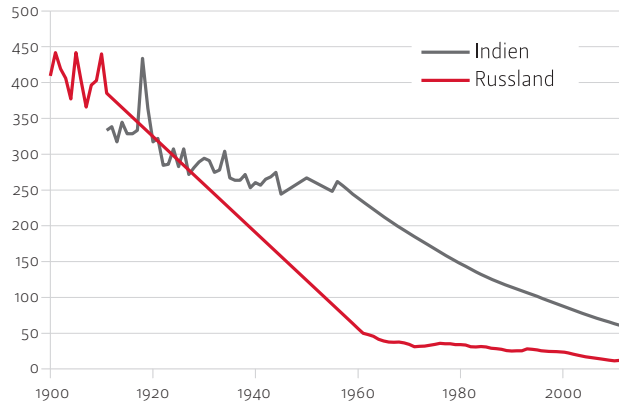
den Krieg zu beenden bzw. andere zentrale Forderungen der Menschen zu erfüllen. Selbst die Bolschewiki waren anfangs noch uneins darüber, wie sie sich gegenüber der neuen Regierung verhalten sollten. Doch nach der Rückkehr Lenins aus dem Exil setzte er sich mit Unterstützung Trotzkis durch. Sie waren gegen jegliche Unterstützung der bürgerlichen Regierung und auch zu keinen Zugeständnissen wegen irgendwelcher „Sachzwänge“ bereit. Im weiteren Verlauf der revolutionären Bewegung gewannen sie so innerhalb weniger Monate die Unterstützung von Hunderttausenden. Das bildete die soziale und politische Basis der Oktober-Revolution.

Heute sehen wir neue linke Formationen entstehen. Viele von ihnen haben aber keinen Plan, wie sie die tagtäglichen Forderungen mit den nächsten Schritten und schließlich einem Umsturz der Gesellschaft verknüpfen sollen. Deswegen bleiben sie auch im „Reformismus“ stecken und landen über kurz oder lang in der Unterstützung bürgerlicher Regierungen oder treten sogar in diese ein. Damit werden sie in den Augen der Menschen auch zu Recht mitverantwortlich für Sparpakete und Kürzungspolitik. Ihre eigene politische Alternativlosigkeit macht aus ihnen schließlich für die Menschen selbst keine Alternative. Wir sehen daher auch den Verfall mancher solcher Parteien, wie etwa der italienischen RC, in die politische Bedeutungs-

r ution t

Kindersterblichkeit in Indien & Russland

Sterblichkeit bei 0 bis 5-Jährigen (pro 1.000 Lebengeburten)



Quelle: gapminder.org; Details: slp.at/q212

losigkeit. In Griechenland erlangte das Linksbündnis Syriza vor dem Hintergrund der Krise enorme Popularität. Aber Syriza bleibt in vielen wesentlichen Fragen wie jener nach einem EURO-Austritt Griechenlands schwammig und schwer fassbar. Auch

zung gibt. In Deutschland arbeitet unsere Schwesterorganisation SAV in der Linken. Sie kämpfen entschieden gegen das Mittragen von Kürzungspolitik und für einen sozialistischen Kurswechsel in der Linken.

Besonders fatal ist eine

Arabien, die so ihren Einfluss ausdehnen wollen.

Wir sehen, dass seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts der Kapitalismus ein Stadium erreicht hat, in dem eine eigenständige nationale Entwicklung nicht mehr möglich ist. In Russland herrschte 1917

Neue Parteien dürfen sich nicht die Finger mit der Kürzungspolitik bürgerlicher Regierungen schmutzig machen!

fehlt ein konkretes Aktionsprogramm zum Sturz der bürgerlichen Regierung und Klarheit, was eine linke Regierung stattdessen machen würde. Das Wahlergebnis war ein großer Vertrauensbeweis und Syriza trägt damit auch eine riesige Verantwortung! Unsere griechische Schwerpartei „Xekinima“ unterstützt Syriza und arbeitet auf vielen Ebenen mit ihr zusammen. Wir müssen allerdings auch klar sagen, wo die Probleme und Gefahren liegen. Alles andere wäre unverantwortlich gegenüber den WählerInnen von Syriza und der Bewegung gegen die Krise.

In Deutschland geht „Die Linke“ Bündnisse mit bürgerlichen Parteien ein. Sie sitzt als linkes Feigenblatt in Berlin und anderen Bundesländern an der Seite der SPD in den Landesregierungen. Statt gegen die Kürzungen zu kämpfen, sind sie selbst dafür verantwortlich! Die Folge ist, dass „Die Linke“ in der Krise dem Unmut der Menschen kaum eine Stimme und Unterstüt-

derartige Politik in wirtschaftlich schwächeren Ländern. Immer wieder versuchen Linke in diesen Ländern, bürgerliche, oft reaktionäre Kräfte (z.B. die Muslim Bruderschaft in Ägypten) zu unterstützen. Sie erhoffen sich dadurch, dass diese Kräfte einen Staat mit entwickelter Ökonomie und westlichem Parlamentarismus errichten, bevor die sozialistische Revolution in Angriff genommen werden kann. In diesen Ländern gibt es jedoch kein starkes, eigenständiges und vom Ausland unabhängiges Bürgertum, das diese Aufgaben lösen könnte. Diese Länder und ihr schwaches Bürgertum werden von imperialistischen Kräften und schein-demokratischen Regimen kontrolliert. Sie haben nur Interesse daran, die Länder auszubeuten, und nicht an Demokratie oder Wohlstand der breiten Masse. Auch die religiösen Scheinalternativen stehen unter Kontrolle des Westens oder anderer Staaten, wie dem Iran oder Saudi-

auch eine solche Situation. Lenin und Trotzki erkannten, dass der bürgerlichen Revolution eine Sozialistische folgen musste, um demokratische und soziale Rechte abzusichern und auszubauen. Genauso wenig wie die bürgerliche Provisorische Regierung 1917 in Russland in der Lage war, Frieden, Demokratie und genug Essen zu garantieren, ist es der Kapitalismus auch heute nicht! Deswegen stoßen demokratische Forderungen in diesen Ländern schnell an die Grenzen und stellen damit die Überwindung des Kapitalismus auf die Tagesordnung. Das ist eine der zentralsten Lehren der Oktober-Revolution bis heute.

Lukas Kastner

Veranstaltung
95 Jahre
Russische Revolution

Mi., 7. November, 18⁰⁰ Uhr
im 'Amerlinghaus'
7., Stiftgasse 8, U2/3 Volkstheater



Marx aktuell

Die Russische Revolution 1917 begeisterte ArbeiterInnen auf der ganzen Welt. An den Fronten des 1. Weltkrieges verbrüderten sich die Soldaten. Nur durch Massenerschießungen konnte der Krieg weitergeführt werden. Erstmals war es gelungen, Kapitalismus und Großgrundbesitz zu stürzen. Grund und Boden, die Fabriken und anderen Produktionsmittel wurden unter demokratische Kontrolle der ArbeiterInnen und BäuerInnen gestellt. Nicht die provisorische bürgerliche Regierung der Februar-Revolution, sondern erst die Bolschewiki in der Oktober-Revolution erfüllten die Forderungen nach Land, Frieden und Brot. Wie aber konnte aus dem revolutionären Russland die Sowjetunion des Stillstands, des Mangels und der Diktatur werden?

1917 stand es für die führenden Bolschewiki außer

Die Oktober-Revolution als die verratene Revolution

Zweifel, dass es auf sich alleine gestellt keine Perspektive für das revolutionäre Russland geben könne. Die Revolution konnte nur international abgesichert werden. 1918 bis 1921 erschütterte vor allem Europa eine revolutionäre Welle. Sie konnte aber durch die Hilfe der Sozialdemokratie niedergeschlagen werden. Das rückständige Russland blieb isoliert und sah sich mit einem Angriff von Truppen aus 21 Ländern konfrontiert. Das revolutionäre Russland siegte zwar, aber Land und Industrie waren fast gänzlich zerstört. Bürokratische Tendenzen machten sich im jungen Sowjetrußland breit. Überall dort, wo Mangel herrscht, muss dieser auch „verwaltet“ werden. Das ist sozialer Nährboden für die Entstehung einer Bürokratie. Die führende Kraft der Revolution, die Bolschewistische Partei, vollzog Schritt für Schritt einen Schwenk nach rechts. Nach dem Tod Lenins brach Stalin offen mit einem der wichtigsten marxistischen Prinzipien – dem Internationalismus – und stellte seine Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ vor. Zwar war die UdSSR aufgrund der vergesellschafteten Produktionsmittel noch kein kapitalistischer Staat, aber es entstand eine neue Kaste in Form der Bürokratie. Stalintreue und BürokratInnen erhielten vielfache Vergünstigungen. Trotzki schrieb dazu: „Die Bürokratie hat weder Aktien noch Obligationen. Sie rekrutiert, ergänzt, erneuert sich kraft einer administrativen Hierarchie, ohne Rücksicht auf irgendwelche besonderen, ihr eigenen Besitzverhältnisse.“ (Verratene Revolution, 1936)

Es ist das historische Verdienst von Leo Trotzki, das – gemeinsam mit Lenin – als erster erkannt, bekämpft und beschrieben zu haben. Trotzki's Stalinismus-Analyse hält am Bolschewismus fest. Im Gegensatz zu vielen kleinbürgerlichen HistorikerInnen zeigt er, dass der Stalinismus keine logische Konsequenz des Bolschewismus ist. Ganz im Gegenteil, der Stalinismus ist eine Sackgasse, die durch eine politische Revolution überwunden werden muss.

Heute ist es die Aufgabe von MarxistInnen, die Lehren aus der Geschichte der UdSSR zu ziehen und sich gegen eine derartige Bürokratisierung zu wappnen. Die jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit von VertreterInnen sowie ein Durchschnittsgehalt für FunktionärInnen sind konkrete Maßnahmen dafür. Der Stalinismus hat, wie die kapitalistische Restauration des Ostblocks zeigt, keine Zukunft. Die Zukunft liegt in den Händen der ArbeiterInnenklasse. In diesem Sinne „Alle macht den Räten!“

Moritz Erkl



Einst & Jetzt: Die Bedeutung der revolutionären Partei

Revolutionen sind die Lokomotive der Geschichte, schrieb schon Marx. Heute befindet sich die Gesellschaft in einer Wirtschaftskrise und steckt in der Sackgasse fest. Die Frage nach einer Revolution, die wie eine Lokomoti-

ve Bewegung zum Sieg zu führen. Der entscheidende Unterschied beim Erfolg in Russland 1917 war die Existenz einer starken, vorbereiteten und mit politischer Klarheit ausgestatteten revolutionären Partei – den Bolschewiki.

jets“ und seinen April-Thesen gegen sie durch. Als die Illusionen in der Regierung noch groß waren, hatten die Bolschewiki bei den Wahlen zu den Sowjets nur ein paar Prozent. Trotzdem blieben sie ihrem revolutionären Programm treu und

für einen radikalen Kurswechsel, sondern trägt Kürzungen und Sozialabbau mit. Man betreibt eine Politik des sogenannten „kleineren Übels“ oder der „Sachzwänge“. Es wird zwar versucht, Druck auf die bürgerlichen Partei-

tigen Bewegungen ansetzt, aber nicht im Rahmen des Kapitalismus stecken bleibt. Die Sozialdemokratie ist verbürgerlicht. Das heißt nicht, dass sie nicht noch Teile der ArbeiterInnenbewegung (z. B. den ÖGB) kontrollieren kann. Es bedeutet aber, dass die Gewerkschaften kaum bis gar keinen Einfluss mehr auf deren Politik haben. Das ist der Unterschied zu früher. Die SLP arbeitet daher für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Massenpartei wäre in der heutigen Situation ein großer Fortschritt. In manchen Ländern wie Griechenland oder Frankreich gibt es bereits Ansätze für solche Formationen. Unsere Aufgabe als revolutionäre Organisation ist es, in solchen Parteien für ein sozialistisches Programm und eine sozialistische Politik – letztlich für einen revolutionären Kurs – zu kämpfen. Gerade in Zeiten der Globalisierung muss eine solche Partei auch international vernetzt sein, um den Konzernen und Banken entgegenzutreten zu können. Das waren die Grundziele der Bolschewiki, die heute noch so aktuell wie damals sind.

Ob Revolutionen erfolgreich sind oder nicht, hängt davon ab, ob es eine revolutionäre Partei gibt.

ve die Gesellschaft aus der Krise herausreißen kann, steht gerade in Ländern wie Griechenland oder Syrien auf der Tagesordnung.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist reich an Beispielen für revolutionäre Bewegungen. Aber auch reich an Beispielen für die Bedeutung von revolutionären Parteien. Die „einfachen“ Menschen und vor allem die ArbeiterInnenklasse haben immer bewiesen, dass sie Revolutionen „machen“ können. In der Russischen Revolution von 1905 wurden Räte (=russ. Sowjets) als Organe der Revolution gewählt. Auch im Spanien der 1930er Jahre oder 1968 in Frankreich griffen die Massen nach der Macht. Trotzdem gelang es oft nicht, die revolutionä-

Die Sowjets von 1905 waren das zentrale Instrument in der Hand der Revolution. Mit der Februar-Revolution 1917 wurden wieder Räte gewählt. Sie bildeten aber nicht die neue Regierung und hatten formal nur wenig Macht. Die Regierung bestand aus bürgerlichen Parteien in Kooperation mit den nach westlichem Vorbild handelnden sozialdemokratischen Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Anfangs herrschte auch bei den Bolschewiki noch Unklarheit. Kamenew, Stalin, Rykow und Molotow unterstützten die provisorische Regierung. Einige forderten sogar die Wiedervereinigung mit den Menschewiki. Lenin setzt sich schließlich mit der Forderung „alle Macht den Sow-

kämpften unermüdlich gegen die Macht von Kapital und Großgrundbesitz und damit gegen die provisorische Regierung. Im Gegensatz zu den anderen Parteien konnten die Menschen die Bolschewiki nicht für die Politik der neuen Regierung verantwortlich machen. Ihr Ansehen und ihr Einfluss stiegen rasant, während die Unterstützung für die Regierung und ihre Parteien ebenso schnell fiel.

Die Politik der Menschewiki findet heute ihre Entsprechung in den Koalitionsregierungen von „linken“ Parteien mit bürgerlich-kapitalistischen Parteien. So zum Beispiel die LINKE in Deutschland. Dort wo sie in Regierungsverantwortung eingebunden ist, steht sie nicht

en auszuüben, um ein paar Verbesserungen zu erreichen – meist aber nur, damit es nicht ganz so schlimm wird. Das System der Kapitalisten, das Eigentum der Banken und Konzerne als wirkliche Probleme werden nicht angetastet. Das macht an solchen Koalitionen beteiligte „linke“ Parteien mitverantwortlich für Einsparungen, Lohnkürzungen usw. Doch diese Politik führt auch zur Enttäuschung der Menschen, die teilweise große Hoffnungen und Erwartungen in diese Parteien stecken. Vielversprechende Bewegungen können so weit zurückgeworfen werden.

Das wirft die Frage auf, welche Partei wir heute brauchen. Wir brauchen eine Partei, die bei den heu-

Vom T-Shirt zurück zum Revolutionär



Che Guevaras Bild gehört wohl zu den Bekanntesten der Welt. Für Viele ist er nur Mode, für Viele aber auch Vorbild. Er steht für Entschlossenheit, Kampfgeist, Revolution, Aufopferung, vielleicht Romantik und vieles mehr. Vor 45 Jahren wurde er ermordet.

Tatsächlich spielte er eine entscheidende Rolle in der Kubanischen Revolution 1959 und anderen revolutionären Kämpfen. Er war ein Kämpfer und immer an „vorderster Front“. Er hatte nie Interesse an Privilegien. So bestand er z.B. darauf, auch als Chef der Nationalbank nur den Mindestlohn zu beziehen. Auch sein fester Glaube an die Notwendigkeit einer internationalen Revolution brachte ihn schnell in Opposition zu den stalinistischen Machthabern in Moskau. Diese hatten Angst vor Revolutionen, die sich ihrer Kontrolle entziehen könnten und durch die ein echter, demokratischer Sozialismus hätte entstehen können. Damit wäre auch die Macht des Stalinismus in Russland bedroht gewesen.

All diese Eigenschaften, die ihn so wohltuend von der Bürokratie der stalinistischen wie auch der sozialdemokratischen Parteien abhob, mach(t)en aus ihm ein Idol für Viele. Das machte sich auch die kapitalistische Industrie zunutze und schaffte v.a.

auf Basis eines Bildes (für das der Fotograf Alberto Korda keinen Cent erhielt) Milliardengewinne. Selbst die FPÖ versuchte sich 2007 – missglückt – der Ikone mittels „StraCHE“ T-Shirts zu bedienen.

Doch neben der berechtigten Begeisterung ist auch eine kritische Betrachtung von Che angesagt. Seine revolutionäre Strategie war, obwohl er diesen Anspruch erhob, wenig marxistisch. Che steht für den Guerilla-Kampf wie kein Anderer. Diese Taktik ist ein Stellvertreterkampf, wo eine kleine Gruppe, mit Unterstützung der Landbevölkerung, die Diktatur stürzt. Es existiert keine breite und aktive Basis in der ArbeiterInnenklasse, die Fabriken und Betriebe übernehmen und eine demokratische Planwirtschaft errichten könnte. Daher bietet diese Taktik eine gute Grundlage für eine neue abgehobene herrschende Elite. Im Falle Kubas war es nach anfänglichen Versuchen, eine bürgerliche Elite einzuführen, bald eine stalinistische Bürokratie, zu der sich Che rasch in Opposition wiederfand.

Tilman M. Ruster



Fuck Nationalfeiertag!

Das Land hält zusammen. Ob jung oder alt, reich oder arm. Alle, die die österreichische Staatsbür-

ger in Kampftags gesetzt und somit „spielerisch“ Krieg vermittelt.

Der Versuch, die Feier-

österreichische Bundesheer wirklich verteidigt. Angeblich zur Verteidigung der Zivilbevölkerung

Eine Prise Nationalismus zum Überdecken sozialer Probleme

gerschaft im Pass stehen haben, sollen sich am 26.10. vereint fühlen.

Theoretisch ist der Tag des Neutralitätsgesetzes ein Tag des Friedens. Doch seit Jahren versucht man in Österreich durch Militarisierung, steigende Ausgaben fürs Bundesheer salonfähig zu machen.

LehrerInnen werden aufgefordert, mit ihren Schulklassen die Kriegsgüter zu bewundern,

lichkeiten mit der Neutralität zu argumentieren, erweist sich als Farce. Bereits wenige Jahre nach dem Beschluss der Neutralität bewies Österreich, was es von ihr hält. So wurden von Beginn an die westlichen Mächte im Kalten Krieg unterstützt – auch mit Waffenlagern zur Verteidigung gegen vermeintliche „kommunistische Angriffe“.

Auch der Tschad-Einsatz macht klar, wen das

vor Ort, schützten die österreichischen Soldaten in Wahrheit nichts Anderes als die Erdgasvorkommen der OMV.

Gerade in Zeiten der Krise bemerken wir immer wieder, dass Panzer und Soldaten zum Schutz des Kapitals eingesetzt werden. Deshalb fordern wir: „Geld für Bildung statt für Bomben – Schluss mit Nationalismus und Aufrüstung!“ **Gabriel Winkelmüller**



Kurz-Sichtiges Denken führt nicht zu besserer Bildung

Der neueste Vorschlag von Sebastian Kurz: „Verbindliche“ Vorschulklassen für Kinder mit mangelnden Deutschkenntnissen. Der Denkfehler: Fünfjährige, meist aus Haushalten mit wenig Geld bzw. Zeit für die Kinder, die in Zwangsschul-Kurse gesteckt werden, werden nicht viel lernen. Was würde funktionieren? Kostenloser Kindergarten/Krippe für alle Kinder in ganz Österreich, kleinere Gruppen in Kindergarten und Schule,

mehr Betreuungspersonal – um Kindern, die Unterstützung brauchen, diese auch geben zu können. Und Kinder lernen dann gut Deutsch, wenn sie ihre Erstsprache gut können. Dürfen sie diese nicht sprechen, schadet das dem Deutschlernen. Wichtig ist also auch, Kinder aus bildungsfernen Schichten dabei zu unterstützen, ihre Erstsprache gut zu beherrschen. Davon profitieren dann auch die Deutschkenntnisse.

Fundstück des Monats Experte Kristallkugel

Die (hochbezahlten!) „ExpertInnen“ in den Chefetagen brauchen diesen „Decisionmaker“ (Entscheidungsfinder). Mittels Kugelroulette wird entschieden, wer gekündigt wird und wer bleibt, ob ge- oder verkauft wird. Ein Scherz? Viele ManagerInnen glauben an Wahrsager, Karten und ähnlichen Hokusokus.





Verdient Obama eine „Zweite Chance?“

SLP-Bundesleitungsmitglied Sebastian Kugler bereiste vier Wochen die USA, um über die Krise des Kapitalismus und sozialistische Alternativen zu referieren. Eingeladen wurde er von Socialist Alternative, der US-Schwesterorganisation der SLP. In Minneapo-

ghanistan intensiviert und mehr Drohnen-Angriffe bewilligt als jeder andere Präsident, z.B. in Jemen, Pakistan und Somalia. Er hat die Ostküste und die arktische Küste für Ölbohrungen geöffnet und die Produktion von Atomenergie und fossilen Brennstoffe

durch revolutionäre AktivistInnen einen starken Einfluss hatten. Sie wurden nicht durch Unterstützung der Demokraten durchgesetzt, sondern durch das Schaffen einer Situation, in der die Herrschenden nachgeben mussten, um keine Massenrevolte zu

ma verbessert? Nein. Unter Afro-AmerikanerInnen ist die Arbeitslosigkeit am schnellsten angestiegen, der rassistische „War on Drugs“ und massenhaft grundlose Verhaftungen wüten weiter. Außerdem hat Obama mehr ImmigrantInnen abgeschoben als jeder seiner Vorgänger. Die Demokraten haben sich auch als unfähig erwiesen, die landesweite konservative Offensive gegen Frauen zu stoppen. 2011 wurden 135 Attacken auf Frauenrechte in 36 Staaten durchgesetzt – ein trauriger Rekord.

sozialen Widerstands. Er hat den Balkan bombardiert, hat NAFTA durchgesetzt, das Sozialsystem ausgehöhlt und homophobe Gesetze unterschrieben.

„Das kleinere Übel“ zu unterstützen, bedeutet den Verrat der Demokraten zu verschleiern oder gar zu rechtfertigen und berechtigten Protest zurückzuschrauben, um sie nicht zu verschrecken.

Deswegen ist es so wichtig, einen breiten Kampf gegen das Zwei-Parteien-System und dessen konstante Rechtsdrift zu führen und eine klare Alternative anzubieten. Gerade weil so viel auf dem Spiel steht, müssen wir das tun.

Dass es möglich ist, das Zwei-Parteien-System herauszufordern, zeigt die Kampagne „VoteSawant“ im Staat Washington. Kshama Sawant, Mitglied von Socialist Alternative, Gewerkschafts- und Occupy-Aktivistin, kandidiert in einem Wahlbezirk gegen den Sprecher des Repräsentantenhauses, einen Demokraten, und liegt laut Umfragen bei bis zu 25 % – Obwohl sie anfangs nicht einmal auf dem Wahlzettel stand!

Unterstützung für die Demokraten hat so oft den Tod für progressive Bewegungen bedeutet.

lis führte er mit dem Socialist Alternative-Aktivisten Brandon Madsen ein Interview über die kommenden Präsidentschaftswahlen und die Frage, ob Linke Obama unterstützen sollen.

V: Was für ein Zeugnis würdest du Obama nach vier Jahren Amtszeit ausstellen?

BM: Ein katastrophales. Obamas Wahlkampf 2008 erzielte Rekordspenden von Banken und Konzernen – und hat dementsprechend gehandelt. Sein Budget für 2011 bedeutete die größte Kürzung der öffentlichen Ausgaben in der Geschichte der USA. Das traf besonders das Bildungs- und Gesundheitssystem. Obama hat Militärausgaben erhöht, den Krieg in Af-

durch schädliche Methoden wie „Fracking“ erhöht. Guantanamo ist noch immer in Betrieb.

V: Kann die Demokratische Partei trotzdem eine Stütze für fortschrittliche Bewegungen sein?

BM: Keine große Errungenschaft in der Geschichte der USA wurde durch die Strategie erreicht, die Demokraten zu unterstützen, im Gegenteil: Sie waren immer schon ein Hindernis für größere Fortschritte, haben soziale Bewegungen bei der erstbesten Möglichkeit verraten und Kapitalinteressen durchgesetzt. Frauenwahlrecht, der 8-Stunden-Tag, mehr Gleichberechtigung – alles wurde durch Massenkämpfe gewonnen, die

provozieren.

Erst vor kurzem haben die Demokraten wieder bewiesen, auf welcher Seite sie stehen, als sie mit aller Macht versuchten, das Bildungssystem in Illinois anzugreifen. Aber die Lehrereinnengewerkschaft CTU konnte die Angriffe durch einen kämpferischen unbefristeten Streik der LehrerInnen Chicagos abwehren. Wir sehen: ArbeiterInnenrechte werden nicht von den Demokraten beschützt, sie müssen vor ihnen beschützt werden!

V: Sind die Demokraten wenigstens ein Garant für die Rechte von ethnischen Minderheiten und Frauen?

BM: Hat sich die soziale Situation der ethnischen Minderheiten seit Oba-

Schicksalswahlen in Venezuela?

Am 7.10. finden in Venezuela Präsidentschaftswahlen statt. Zum ersten Mal seit 1998 stellt die Rechte mit dem Multimillionär Capriles unter dem Banner der MUD (Demokratische Einheitsplattform) einen gemeinsamen Kandidaten. Sollte sie siegen, wäre das eine Niederlage für die Bewegung.

Die Errungenschaften der letzten Jahre zu verteidigen heißt nicht, bestehende Probleme zu verschweigen. Die Rechte greift real existierende Missstände auf – steigende Korruption und Bürokratisierung, fehlende demokratische Rechte, Krise im Gesundheitssystem, steigende Kriminalität etc. Das Chávez-Regime versucht die Lage rosiger darzustellen, als sie ist. Aber die Krise von 2009 bis 2011 hat Spuren hinterlassen. Anstatt damit eine Radikalisierung in Richtung Überwindung des Kapitalismus voranzutreiben, hat Chávez prokapitalistische Maßnahmen gesetzt: höhere Massensteuern, Währungsabwertung und Budgetkürzungen. Auch die Inflation von 22 – 28 % trifft die ArbeiterInnenklasse hart. Andererseits hat das Regime in den letzten acht Monaten Sozialprogramme (inkl. Wohnbauprogramm und Sozialzahlungen) umgesetzt. Das haben die ärmsten Schichten zwar

begrüßt, es hat aber die Probleme nicht beseitigt. Chávez bewegt sich eher in Richtung kubanisches Modell als in Richtung echter demokratischer Sozialismus: Es gibt kaum Möglichkeiten für ein unabhängiges Organisieren der ArbeiterInnenklasse. Das Regime hat das Streikrecht eingeschränkt und einzelne Industrien zu „streikfreien Zonen“ erklärt.

Wahrscheinlich wird Chávez die Wahlen gewinnen, aber sicher ist das nicht. Zwischen 2002 und 2005 gab es mehrmals revolutionäre Situationen – aber keine bewusste Kraft, die bereit war, mit dem Kapitalismus zu brechen. Chávez ist kein Sozialist. Er kommt aus dem Militär und laviert zwischen dem Druck der Massen und des Kapitals. Er spricht von Sozialismus, greift aber die Eigentumsverhältnisse kaum an. Das gab der Rechten Zeit, sich zu erholen. Sie tritt nun mit neuem Selbstvertrauen an. Was fehlt, ist eine echte revolutionäre Massenpartei. Das CWI ruft zur Wahl Chávez' auf. Aber es ist nicht genug, für Chávez zu stimmen. Es braucht eine unabhängige Bewegung in Betrieben, Nachbarschaften und bei der Jugend, die echten Sozialismus erkämpfen kann.

Laura Rafetseder



UFO: Landeplatz verfehlt?

Anfang September streikte an drei Tagen das Kabinenpersonal der Lufthansa. Die 18.000 FlugbegleiterInnen wollen mehr Gehalt und sind gegen

nen Erfolg, beendete den Streik und man einigte sich auf ein Schlichtungsverfahren. Geschlichtet werden soll von Bert Rürup, Erfinder diverser So-

lektivvertrag verschoben. BetriebsrätInnen, die dagegen protestierten, wurden gekündigt. Gestreikt wurde hier aber nicht.

In Deutschland zeigte

Während des Lufthansa-Streiks dachten viele bei der AUA: „Wir hätten auch streiken sollen“.

Ausgliederung und Leiharbeitskräfte. Über 1000 Flüge fielen aus – es war der größte Streik im deutschen Flugverkehr. Rasch erklärte der Vorstandschef: „Lufthansa verzichtet einseitig, auf absehbare Zeit und ohne weitere Vorbedingungen auf den Einsatz von externen Kabinencrews in Berlin“. Die kleine und junge Gewerkschaft der FlugbegleiterInnen, UFO, sah ei-

zialabbauemodelle.

Doch Lufthansa setzte zum nächsten Schlag an: Ein großer Teil der Beschäftigten soll in eine Billigtochter ausgelagert werden – also billige halbinterne Arbeitskräfte statt billiger externer Arbeitskräfte. Ähnliches hat die Lufthansa, Besitzerin der AUA, auch in Österreich gemacht. AUA-PilotInnen wurden in den wesentlich billigeren Tyrolean-Kol-

sich nun, dass der Streik zu früh beendet wurde. Andere Gewerkschaften nützen die Chance nicht, einen Kampf gegen die Ausgliederung zu unterstützen. Das Management hofft darauf, dass die UFOs nun nicht mehr startklar sind und „die Luft raus ist“. Es wäre gut, wenn sie wieder starteten und die Flieger am Boden blieben!

Sonja Grusch

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Weiter Proteste in Griechenland

Nach einer Sommerpause flammen die Proteste wieder auf: im öffentlichen Verkehr in Athen am 20.9., PolizistInnen gegen Gehaltsreduktion von 691 auf knapp 600 Euro, Feuerwehrleute uvm. – und ein neuerlicher Generalstreik am 26.9. Alle wehren sich gegen das nächste Sparprogramm, das auf Druck der Troika bereits Anfang Oktober verabschiedet werden soll.

Viele sehen, dass ein weiterer 24-stündiger Ge-

neralstreik alleine zu wenig ist – die bisherigen konnten die Kürzungen nicht verhindern. Doch Syriza-Chef Tsipras will nur den Sturz der Maßnahmen, nicht der Regierung. Xekinima, die griechische Sektion des CWI, ist Teil der Proteste. „Wir brauchen längere Streiks, die die Regierung zu Fall bringen, Organisation an der Basis und eine Regierung von Organisationen der ArbeiterInnen.“

www.xekinima.org

Südafrika: „An injury to one is an injury to all!“

Am 16.8 tötete die Polizei über 30 streikende PlatinminenarbeiterInnen in Südafrika, ca. 270 wurden verletzt. Das CWI antwortete mit einer internationalen Kampagne. In Österreich, Deutschland, Israel und vielen anderen Ländern gab es Proteste vor den südafrikanischen Botschaften. Die Socialist Party (CWI-England) initiierte mit dem nationalen Betriebsratsnetzwerks (NSSN) eine Aktion in London. Die BBC berich-

tete über die Proteste in Nigeria. GewerkschafterInnen waren in Irland an Aktionen beteiligt. Paul Murphy, EU-Parlamentarier für die „Socialist Party“ (CWI-Irland), sprach im EU-Parlament über die verbrecherische Rolle der Regierung.

Das „Democratic Socialist Movement“ (DSM; CWI-Südafrika) ist Teil des Kampfes der MinenarbeiterInnen und organisierte ein Treffen mit 200 TeilnehmerInnen. Ge-

werkschaftsaktivistInnen von DSM spielen eine zentrale Rolle bei der Bildung von demokratischen Komitees, die die nächsten Schritte planen. DSM schlägt einen Generalstreik sowie die Verstaatlichung der Minen unter Kontrolle der Beschäftigten vor. Sogar französische Tageszeitungen, die BBC und das Wall Street Journal berichten über die Rolle des CWI dabei.

www.socialistworld.net
www.socialistsouthafrica.co.za

Bedingungsloses Grundeinkommen?

Mit zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut nimmt auch die Debatte über Lösungsmöglichkeiten zu. Ein Modell ist dabei das Bedingungslose Grundeinkommen. Wir veröffentlichen hier ein Pro & Contra zum Modell, seinen Möglichkeiten und Grenzen sowie zu alternativen Vorschlägen.

Grundeinkommen – garantiert bedingungslos (BGE)

Erwerbsarbeit verliert den absoluten Vorrang der Lebensentwürfe. Manche werden Teilzeit arbeiten, Erwerbszeiten unterbrechen, Reisen machen, sich weiterbilden oder eine Zeit lang gar nichts tun. Die Qualität der Arbeitsplätze in Bezug auf Gesundheit, Sozialverträglichkeit und Rücksichtnahme auf soziale Bedürfnisse der Menschen wird verbessert.

Die Bereitschaft zu belastenden Arbeiten, zu langen Arbeits- oder Fahrzeiten wird sinken, Betriebe werden aus den Ballungsräumen in die Regionen gehen, manche unangenehmen Arbeiten werden teurer werden, manche werden nicht mehr angeboten oder nachgefragt werden.

Die steigende Kaufkraft führt zu verstärktem Konsum, verbesserter Infrastruktur und steigendem Steueraufkommen. Insbesondere Randzonen und benachteiligte Gebiete werden stärker profitieren. Kleine Handwerksbetriebe, Greißler, Wirte etc. werden wieder möglich, dadurch werden ländliche Strukturen aufgewertet, Abwanderung und Armut werden verringert. Ehrenamtliche, soziale, solidarische Tätigkeiten für die Zivilgesellschaft werden interessanter.

Statt um Bedingungen der Erwerbsarbeit geht es um die Frage, wie Existenzsicherung von Erwerbsarbeit abgekoppelt und allen Menschen ein Leben in Würde gesichert werden kann. BGE ist eine

Antwort, sofern die folgenden Kriterien eingehalten werden.

Bedingungslos muss das BGE sein, weil es ein BürgerInnenrecht ist.

Allgemein muss das BGE sein, damit es nicht diskriminierend wirkt.

Individuell heißt, dass alle in einem Land lebenden Menschen einen persönlichen Rechtsanspruch auf ein BGE haben.

Für MigrantInnen tritt dieses Recht nach 3 Jahren legalen Aufenthaltes oder mit der erfüllten Anwartschaft auf Arbeitslosengeld ein.

Ausreichend für die finanzielle Absicherung von Existenz und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (materiell, sozial, kulturell).

Emanzipatorisch Die Versorgungspartnerschaft ist nicht mehr notwendig, die finanzielle Abhängigkeit der Frauen und Kinder wird deutlich reduziert.

Garantiert und in der Verfassung verankert muss das BGE sein.

Finanzierung Es gibt mehrere Berechnungsmodelle, die allesamt zu dem Schluss kommen, dass die Finanzierung bei vorhandenem politischem Umsetzungswillen rechnerisch möglich ist, wenn bei entsprechender Besteuerung und Umverteilung der spekulativen Vermögen kein zusätzliches Geld erforderlich ist.

Robert Reischer,
BIEN Österreich,
Betreuer von Arbeits- und
Wohnungslosen
www.grundeinkommen.at



Grundeinkommen: Wo ist der Haken?

Auf den ersten Blick klingen manche Grundsicherungsmodelle nach einer Verbesserung für Menschen an oder unter der Armutsgrenze. Reality check: Es sollte zu denken geben, wenn lupenreine pro-kapitalistische Vereine wie das Liberale Forum sowie in Deutschland Teile der CDU ebenso ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ fordern. Es wiehert ein trojanisches Pferd.

Eine Gefahr ist, dass damit die Möglichkeit der Aussteuerung kommt. Menschen, die bislang Arbeitslosengeld / Notstandshilfe erhielten, verlören jegliches Einkommen, wenn sie sich Zwangsarbeit verweigern sollten. Teile des Establishments sehen die Chance, ein BGE zu akzeptieren, um dann das B zu entsorgen. Erfahrungen mit der „Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ zeigen: Es gibt oftmals mehr Schikanen, teilweise aber sogar weniger Geld als bei der Sozialhilfe.

Die Verwirklichung eines Lebensentwurfes wird durch Kapitalismus & Krise generell schwieriger bis unmöglich. Ein wirklich existenzsicherndes BGE würde einen Betrag erfordern, der weit über dem Diskutierten liegt. Vor allem muss klar sein, dass für jegliche soziale Verbesserung heutzutage massive soziale Bewegungen und Kämpfe nötig sind. Wenn es gelingt, diese mitzugestalten, dann wären tiefgreifendere Reformen und selbst darüber hinausgehende Umwälzungen erreichbar.

Dass es „nicht mehr genügend Arbeit für alle gibt“, ist offensichtlich falsch. Es gibt viele sinnvolle Aufgaben und die Zahl derer, die durch Überarbeitung krank werden, nimmt zu. Löhne und Gehälter wachsen nicht entsprechend den Produktivitätssteigerungen. Hohe Arbeitslosigkeit und Nicht-Beschäftigung drücken auf die Löhne. Genaugenommen stellt der Arbeitslohn im Kapitalismus immer nur einen Teil

der von den Beschäftigten erbrachten Leistung dar. Dies ist ein wesentlicher Grund für die Krise(n). Das alles bleibt trotz der stattfindenden Veränderungen der Arbeits- und Lebenswelten aufrecht.

Das BGE hingegen kann als Freispruch für das bürgerliche Wirtschaftssystem verstanden werden. Die Botschaft: man akzeptiert den Rahmen, wenn die schlimmste Armut von staatlicher Seite abgefördert wird.

Die Solidarität zwischen (derzeit) Beschäftigten sowie Erwerbsarbeitslosen kann durch den gemeinsamen Kampf für eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich gelingen. Die Einführung eines deutlich über der Armutgefährdungsschwelle liegenden Mindesteinkommens von € 1.300,- netto sollte auch für alle gelten, die in die Arbeitslosigkeit schlittern. Dafür gilt es zu mobilisieren!

Franz Neuhold,
Sozialistische LinksPartei

SLP-Programm genau erklärt:

Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Für die Möglichkeit des kostenlosen Schwangerschaftsabbruchs in öff-

die Herrschenden, Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen und ihnen mehr unbezahlte Sozial- und Pflegearbeit aufzubürden – Angriffe auf das Abtreibungsrecht sind ein Teil davon. Die ÖVP fördert

hohe Kosten in Privatkliniken in Kauf nehmen. Besonders perfide: Die radikalen Abtreibungsgegner sind auch gegen Verhütung und Aufklärung.

Wir mobilisieren daher nicht nur gegen die radikalen Abtreibungsgegner zur Verteidigung des Rechts auf Abtreibung, sondern auch gegen die Sozialabbaupolitik der Regierung, für höhere Löhne für Frauen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und einen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen. Wir stehen außerdem für Aufklärungsunterricht ab dem Kindergarten, kostenlose Verhütungsmittel und die Möglichkeit des kostenlosen Schwangerschaftsabbruchs in jedem öffentlichen Spital in ganz Österreich.

Abtreibung ist Frauenrecht!

fentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

Die radikalen Abtreibungsgegner veranstalten Anfang Oktober in Wien einen "Gebetskongress". Unterstützung bekommen sie aus Kirche, ÖVP und FPÖ. Die Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen kommen nicht von ungefähr: Denn in Zeiten der Krise und der steigenden Arbeitslosigkeit versuchen

über das Wirtschaftsministerium Radiospots der „Aktion Leben“ („es darf kein Recht auf Abtreibung geben“). Gleichzeitig betreibt sie Sozialabbau sowie Kürzungen im Gesundheits- und Sozialwesen, die Frauen verstärkt treffen. Im Moment wird Frauen die Möglichkeit auf Schwangerschaftsabbruch in vielen Spitälern, auch in Wien, verwehrt, sie müssen weite Wege und

Warum ich der SLP beigetreten bin

„Mein politisches Engagement hat eigentlich mit den Themen Rassismus und „Fremdenrecht“ begonnen. Meine erste Protestaktion, bei der ich auch wirklich wusste, worum es geht, war die Arigna-Kundgebung am Ballhausplatz. Seitdem habe ich immer öfter in der Zeitung gelesen, dass Menschen abgeschoben werden. Nachdem ich mich längere Zeit teils in anderen Organisationen und

teils privat gegen Abschiebungen und Fremdenrecht eingesetzt habe, sah ich auf diesen Veranstaltungen, immer selbstverständlich, auch die SLP.

Als ich dann im April 2011 auf der Demo gegen das neue Fremdenunrechtspaket erstmals wirklich mit der SLP in Kontakt gekommen bin, habe ich sofort Interesse bekundet und mich vernetzt. Auch wenn ich dann etwas län-

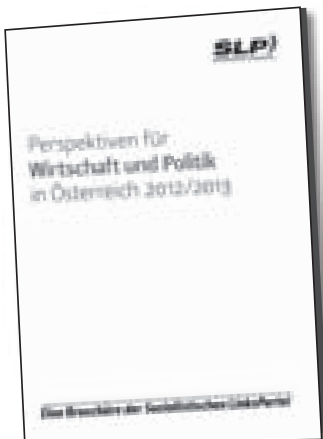
ger gebraucht habe, um tatsächlich beizutreten, war es immer wieder motivierend, zu sehen, dass man gerade in diesem Bereich konkret Menschen helfen kann und sieht, dass es sich lohnt, zu kämpfen. Dass die SLP immer präsent war und das Thema auch mit sozialen Fragen verbunden hat, war für mich besonders wichtig.“ erklärt Gabriel Winkelmüller, 18, Schüler aus Wien/Niederösterreich.

Dokument der SLP-Konferenz als neue Broschüre: Perspektiven für Wirtschaft und Politik

Die Konferenz der SLP im September 2012 fand zu einem bewegten Zeitpunkt statt. Die Weltwirtschaft kommt seit 2007 nicht zur Ruhe. Auch Österreich bleibt davon immer weniger verschont – das zeigt die Broschüre in Zahlen und Fakten. Die sozialen Auswirkungen sind bereits enorm, die Umverteilung von unten nach oben wird immer dramatischer. Das Establishment ist in der Krise – dass die Korruption

gerade jetzt so blüht, ist kein Zufall. Stronach, Piraten & Co. sind (neo)liberale Ansätze ohne Antworten auf die Krise: Der Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei wird daher umso dringender. Wo gibt es Ansatzpunkte für kommende Bewegungen und Kämpfe? Welche Aufgaben kommen auf SozialistInnen zu?

Jetzt bestellen: € 5,- inkl. Versand einzahlen auf PSK 8812.733 (BLZ: 60.000)



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr**
im **'Wiener Café'**
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr**
im **'Stockwerk'**
Jakominiplatz 18

SLP-Ortsgruppe

jeweils **Dienstag, 18³⁰ Uhr**
in der **'Pizzeria La Piazza'**
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A – Gaussplatz
bzw. Nähe U4 Friedensbrücke

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Montag, 18⁰⁰ Uhr**
im **'Alte Welt'**, Hauptplatz 4

SLP-Unigruppe

jeweils **Dienstag, 18³⁰ Uhr**
im **'Café Daun', Hinterzimmer**
8., Skodagasse 25
Linie 43, Linie 44; Linie 13A

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Mittwoch, 18³⁰ Uhr**
im **'Shakespeare'**
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

SLP-Ortsgruppe

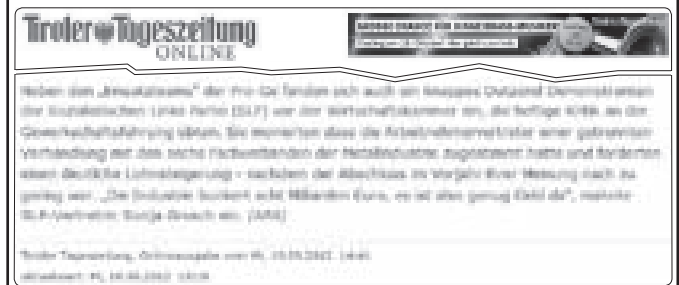
jeweils **Mittwoch, 18³⁰ Uhr**
im **'Gasthaus Zypresse'**
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Kein SLP-Treffen in der Nähe?

Wir helfen Dir beim Aufbau!

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at

Andere über uns



Am 19. 9. übergab die Metaller-Gewerkschaft der Wirtschaftskammer ihre KV-Forderungen. Die SLP organisierte eine Kundgebung vor Ort: „Gemeinsamen KV verteidigen! Abschluss deutlich über der Inflation!“. Darüber berichteten div. Medien, u.a. Servus-TV, Standard, Presse und die Tiroler Tageszeitung. Von den „Protesten“ der Gewerkschaft (Autos mit Aufschrift) war nichts zu sehen, sehr wohl aber die SLP.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- Normal-Abo

€ 14,- Sozial-Abo für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Proteste gegen Abschiebungen

Mehr auf Seite 5



FPÖ-Recken mit Dreck am Stecken!

Spätestens seit 2000 mischt die FPÖ fleißig im Korruptionssumpf mit.

Österreich hat mehr als Mozartkugeln und Berge – es gilt in der Finanzwelt als Steueroase und sicherer Hafen für dubiose Geschäfte. Seit Jahren reiht sich eine Korruptionsaffäre an die nächste. Bis in die höchsten Ebenen der Republik – denn der Fisch fängt bekanntlich am Kopf zu stinken an. Die FPÖ, die Partei der Saubermänner und kleinen Leute, mischt fleißig mit. Neben den div. Kärntner FPK-Skandalen steht Strache selbst im Ver-

dacht, bei dubiosen Telekomzahlungen involviert gewesen zu sein. Nun versucht die FPÖ, mit nationalistischem "Griechenland-Bashing" und Anti-EU-Rhetorik vom unehrenhaften Alltag in den eigenen Reihen abzulenken. Doch der Skandal um die Hypo-Alpe-Adria ist kein Kärntner Kuriosum. Und auch die Betrügereien unter Schwarz-Blau (2000-2005) waren kein Einzelfall. Wie bei allen anderen etablierten Parteien gilt auch für die FPÖ:

Wer an die Futtertröge kommt, bedient sich fleißig. Doch es ist das Verdienst des gesamten politischen Establishments, dass ein rechtsextremer Politiker wie Martin Graf, gegen den seit 2009 wegen des Verdachts der betrügerischen Krida und der Untreue sowie seit Kurzem wegen schweren Betrugs ermittelt wird, dritter NR-Präsident ist und Gelder an rechte Putschisten in Paraguay überreichen kann.

Pablo Hörtnner

Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BfJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

- sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.